

Chemnitzer Antidiskriminierungsagenda

Chemnitzer Schülerinnen und Schüler engagieren sich in dem Projekt „Chemnitz ohne Rassismus – Chemnitz mit Courage“, um Maßnahmen gegen alle Formen der Diskriminierung in der Stadt Chemnitz zu entwickeln. Wir wollen dazu beitragen, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem sich jede und jeder wohlfühlt und das von Gemeinschaftsgefühl, Engagement und Verständnis jeder und jedes Einzelnen füreinander geprägt ist.

Trotz bestehender Antidiskriminierungsrichtlinien für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind diese bis heute in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht auf nationaler Ebene umgesetzt. In der Bevölkerung existiert kein ausreichendes Bewusstsein bezüglich Diskriminierung und Antidiskriminierung. Rechtsextreme Kräfte nutzen dies für ihre politischen Ziele aus.

Wir fordern den Chemnitzer Stadtrat deshalb auf, die Grundsätze der Antidiskriminierungsagenda durchzusetzen, welche auf den Grundüberlegungen der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union basiert. Es muss zu einem Anliegen der Stadt werden, ein Umdenken und eine Veränderung in Wahrnehmung und Handlungsweisen der Bevölkerung sowie auf institutioneller Ebene im Sinne der Antidiskriminierung spezifischer gesellschaftlicher Gruppen zu gewährleisten.

Wir fordern deshalb in der Stadt Chemnitz eine deutliche Positionierung gegen jegliche Form der Diskriminierung, insbesondere aufgrund der ethnischen Herkunft, der sexuellen Identität, der Religion und Weltanschauung, der Behinderung, des Geschlechts und des Alters von Menschen.

Weiterhin fordern wir die Einrichtung eines Jugendparlaments in der Stadt Chemnitz, damit wir an der aktiven Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien mitwirken können und die Partizipation von Jugendlichen und Kindern in der Politik gewährleistet wird. Diesem Jugendparlament müssen vom Stadtrat konkrete Rechte zugesichert sowie Aufgabenbereiche anvertraut werden.

Zur Umsetzung der Forderungen soll dieses Jugendparlament der Stadt Chemnitz

vor allem unter den Jugendlichen und Kindern Aufklärungsarbeit in Form jugendgerechter Veranstaltungen leisten und Informationsmaterialien herausgeben.

Wir fordern darüber hinaus die Stadt Chemnitz dazu auf, selbst zu einer aktiven Umsetzung der Antidiskriminierungsagenda beizutragen. Dabei muss eine effektivere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Kommune, den Vereinen und Interessensvertretungen von Gruppen und Organisationen, die sich mit dem Thema der Antidiskriminierung auseinandersetzen, entwickelt bzw. weiter ausgebaut werden. Dazu ist es notwendig, dass in Zukunft im Haushaltsplan der Stadt Chemnitz Gelder für die Antidiskriminierungsarbeit berücksichtigt werden.

Außerdem fordern wir die Stadt Chemnitz als Arbeitgeber der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, dazu auf, uns bei dem Anliegen gegen jede Form der Diskriminierung vorzugehen, zu unterstützen.

Mit der Unterzeichnung dieser Antidiskriminierungsagenda verpflichtet sich jede und jeder Stadtratsabgeordnete, deren Grundsätze persönlich anzunehmen und aktiv durchzusetzen. Jede und jeder übernimmt so, als gewählter Vertreter der Chemnitzer Bevölkerung, seine Verantwortung für die demokratische Ausgestaltung unserer Stadt.

